

Wekerles Armeeprogramm.

Militärische Zugeständnisse zur Unterstützung der Achtundvierziger Parteien gegen die Siebenundsechziger?

Mit wachsendem Interesse verfolgt man in Oesterreich die Versuche der ungarischen Regierungsparteien, die Mehrheit im ungarischen Abgeordnetenhaus zu gewinnen. Mit Erstaunen bemerkt man hier, daß die Regierung Wekerles den Grundsätzen und der Güte der Parteien, auf die sie sich stützt, nicht die Werbekraft zutraut, die bisherige Mehrheit aus dem Sattel zu heben, ja daß sie nicht einmal der vielgepriesenen Demokratie, der sie sich ergeben hat, der Wahlreform Baszonnys, auf welche Ungarns Bevölkerung mit Inbrunst gewartet hat, diese Werbekraft zubilligt, sondern nach Krücken Ausschau hält, damit diese Demokratie Baszonnyscher Prägung in Ungarn zu gehen vermag. Und zwar sollen es die restlichen gemeinsamen Einrichtungen, soll es die gemeinsame Armee sein, die der anscheinend noch recht lahmen Demokratie der ungarischen Regierungsparteien die Krücken zu leihen hätten.

Aus ungarischen Darstellungen wenigstens scheint hervorzugehen, daß der ungarische Ministerpräsident, der in sein neues Programm, mit dem er sich eine große Regierungspartei schaffen zu können hofft, Erziehungssachen auf militärischem Gebiete und auf Kosten der Gemeinsamkeit der Armee als festen und wichtigsten Posten eingesetzt hat, mit frohen Hoffnungen nach Wien kam, aber etwas herabgestimmt wieder nach Budapest zurückkehrte. Man hat es sich hier, den erwähnten ungarischen Darstellungen zufolge, doch noch überlegt, auf solche Weise und mit solchen Mitteln Herrn Wekerle und seinen Achtundvierziger Anhang im Kampfe gegen die Siebenundsechziger des Grafen Tisza zu unterstützen. Das „Fremdenbl.“, das gelegentlich offiziöse Meinungen und Stimmungen des Wiener Platzes zu verdolmetschen pflegt, schreibt heute in einer Betrachtung über das Unterbleiben von Neujahrsreden in Budapest, dessen Ursache es in den unfertigen politischen Verhältnissen Ungarns erblickt, über das Programm des ungarischen Ministerpräsidenten:

Der ungarische Ministerpräsident hat dem Monarchen die Grundzüge des Programms unterbreitet, auf welches sich die neue Regierungspartei einigen soll. Kaiser Karl ersuchte Herrn Dr. Wekerle, ihm ein schriftliches Memorandum zukommen zu lassen, in welchem dieses Programm ausführlich erörtert wird. Wie aus verschiedenen Budapestener Meldungen hervorgeht, nimmt in den Grundzügen des Entwurfes außer der Wahlrechtsfrage die Frage der Ausgestaltung der ungarischen Armee einen hervorragenden Platz ein. Es ist dies eine alte Forderung der Apponyi-Partei, eine Forderung, die sich Herr Dr. Wekerle jetzt zu eigen gemacht, da er auf die Unterstützung dieser Fraktion nicht verzichten zu können glaubt. So ist denn nun abermals eine Armeefrage für die weitere Entwicklung der Dinge in Ungarn von großer Bedeutung geworden. Die Gemeinsamkeit des Heeres hat sich gerade im Weltkrieg als eine für die ganze Monarchie überaus erspriessliche Einrichtung bewährt, und es kann nicht überraschen, daß Forderungen, die den Charakter der Gemeinsamkeit des Heeres tangieren, der reichlichsten Erwägung bedürfen, bevor sie erfüllt werden können. Herr Dr. Wekerle selbst hat erklärt, daß noch einige Tage vergehen dürften, bevor er die Antwort auf seine Vorschläge über die Grundlage einer neuen Regierungspartei erhalten werde. So ist es nun klar, weshalb der ungarische Ministerpräsident am Neujahrstage schwieg. Die nächsten Tage werden die notwendige Klärung bringen, ob es dem Kabinett Wekerles möglich sein wird, eine Regierungspartei auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage zu bilden. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß dies nicht auf Kosten der für die Schlagfertigkeit der Armee unumgänglich notwendigen Einrichtung geschieht.

Es wird sich überhaupt empfehlen, ein für allemal den Grundsatz festzuhalten, daß die Kosten der Parteienkämpfe in Ungarn nicht mehr aus dem restlichen Fonds der Gemeinsamkeiten der Monarchie bestritten werden. Es mag vielen in Ungarn sehr wichtig vorkommen, daß die derzeitigen Regierungsparteien in Ungarn zu einer wirklichen Mehrheit im Parlamente gelangen, wie es vielen andern umgekehrt

zweckmäßiger erscheinen mag, die Tisza-Mehrheit zu erhalten, um ihr gelegentlich wieder die Regierungsmacht zu übertragen. Aber das ist eine interne ungarische Frage, in der eine Parteinahme der Monarchie durch politische Zuwendungen an die eine oder andere Gruppe von Uebel wäre. Die nach halbhundertjährigen Ausschöhlungen noch verbliebenen Gemeinsamkeiten sind Reichsgut oder, um einen für ein ungarisches Gehör besser klingenden Ausdruck zu wählen, gemeinsamer Schatz der beiden Staaten der Monarchie, eignen sich also durchaus nicht zur Begleichung des Aufwandes parteilichtischer Konkurrenzkämpfe im Innern eines der beiden Staaten. Auch Ungarn würde sich — und zwar mit Recht — dagegen wehren, wenn etwa in Oesterreich in den Kampf der Parteien und der nationalen Gruppen um die politische Macht durch Zugeständnisse aus dem Fonds jener Gemeinsamkeiten eingegriffen würde, über welche Ungarn das Recht der paritätischen Mitverfügung besitzt.

Dem Regime des Grafen Tisza wurde von seinen politischen Gegnern vorgeworfen, daß es sich nur „durch Korruption und Gewalt“ an der Macht erhalte. Wenn dies wahr war, so muß es für die derzeitige Regierung, in deren Lager alle Tisza feindlichen Parteien versammelt sind, ein Leichtes sein, die Mehrheit zu erlangen, da von der entthronten Partei des Grafen Tisza jetzt weder mehr die Mittel der Gewalt noch die der Korruption angewendet werden können. Wekerles Regierung und ihre Parteien würden sich geradezu ein Armutszugnis ausstellen, wenn sie dabei verblieben, daß sie ohne Hilfe von dritter Seite, ohne Zugeständnisse aus einem gemeinsamen österreich-ungarischen Fonds nichts auszurichten vermögen. Es wäre auch ein ganz unritterlicher Kampf mit ungleichen Waffen, ein unlauterer Wettbewerb, wenn die ungarischen Regierungsparteien den Kampf mit der Opposition nicht aus den eigenen Mitteln, welche die eigenen besseren, vollstämmlicheren, demokratischeren Programme beistellen, bestritten, wenn sie die Bevölkerung nicht vor die Wahl zwischen den Grundsätzen der beiden sich befehdenden Richtungen stellten, sondern „auswärtige“ Hilfe ins Feld schickten, über welche eine Opposition naturgemäß nicht verfügen kann.

Selbst den Fall angenommen, daß es der Armee und den Interessen der Monarchie wirklich nicht abträglich wäre, die gemeinsamen Einrichtungen weiter in dem von Wekerle gewünschten Maße zu verringern, und daß alle nichtungarischen Faktoren, die bei Gemeinsamkeiten mitzusprechen haben, sachlich und politisch gegen die geforderten Zugeständnisse nichts einzuwenden hätten, wäre die Zumutung, diese Gewährungen nicht dem gesamten Ungarn, sondern einer politischen Parteiengruppe Ungarns zur Erleichterung ihres Kampfes gegen eine andere Partei Ungarns zu machen, einfach beleidigend. Daß die Parteinahme der Gesamtmonarchie zum Schaden der Anhänger der 67er-Verbindung und zur Förderung der ungarischen Achtundvierziger geschehen soll, welche programmatisch die Monarchie leugnen und auf ihre Liquidierung zugunsten einer bloßen Personalunion mit völligen Trennungsaussichten hinarbeiten, gibt der Zumutung einen beinahe komischen Beigeschmack.